

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telefax: 899 848 ppbn d  
Telefax: 21 09 64

## Inhalt

Karsten D. Voigt MdB  
zur Notwendigkeit den  
Waffenstillstand in Ju-  
goslawien für weitere  
Friedensschritte zu  
nutzen: Ein Zeichen  
der Hoffnung.

Seite 1

Gernot Eiler MdB zum  
Erfordernis gezielter  
westlicher Hilfspro-  
gramme für die ehema-  
ligen Sowjetrepubliken:  
Stabilitätsverheißende  
Maßnahmen unterstüt-  
zen. (Teil II und Schluß)

Seite 2

47. Jahrgang / 3

6. Dezember 1992

### Ein Zeichen der Hoffnung

**Zur Notwendigkeit den Waffenstillstand in Jugoslawien für weitere Friedensschritte zu nutzen**

**Von Karsten D. Voigt MdB**

**Außenpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion**

Die weitgehende Einhaltung des 15. Waffenstillstandes ist ein Zeichen der Hoffnung. Jetzt müssen weitere Schritte zum Frieden folgen:

- Noch in dieser Woche sollte der Sicherheitsrat über die Entsendung von UNO-Blauhelmen in die bisherigen Kampfgebiete entscheiden;
- die jugoslawische Volksarmee muß sich vollständig aus allen Teilen Kroatiens zurückziehen;
- alle Milizen müssen entwaffnet und aufgelöst werden.

Am 15. Januar sollten, wie vereinbart, alle Mitgliedsstaaten der EG die nach Anerkennung strebenden Republiken Slowenien, Kroatien, Makedonien und Bosnien-Herzegowina innerhalb ihrer bestehenden Grenzen völkerrechtlich anerkennen. Jeder Anschein einer Anerkennung gewaltsamer Grenzveränderungen muß zurückgewiesen werden.

Bei der Fortsetzung der EG-Friedenskonferenz müssen nicht nur befriedigende Regelungen zum Schutz der serbischen Minderheit in Kroatien, sondern auch zum Schutz der in Kosovo lebenden Albaner und der Ungarn in der Wojewodina vereinbart werden.

Unter dem Schutz von Beobachtern der EG und der Vereinten Nationen muß sobald wie möglich die Rückkehr aller Flüchtlinge in ihre früheren Wohngebiete begonnen werden. Die Bundesrepublik Deutschland, in der im Jahre 1990 22.114 und im Jahre 1991 74.854 Flüchtlinge aus Jugoslawien einen Asylantrag stellten - hinzu kommt eine noch größere Zahl von Flüchtlingen, die keinen Asylantrag gestellt haben -, sollte auf finanzielle Aufbauhilfen der EG drängen, mit deren Hilfe die Wiederausiedlung von Flüchtlingen in ihrer vom Krieg zerstörten Heimat unterstützt wird.

(-/6. Januar 1992/rs/ks)

\*\*\*\*\*

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217  
5300 Bonn 1, Postfach 120406

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Kemler-Papier-Union  
wird empfohlen durch  
Recycling-Papier



**Stabilitätsverheißende Maßnahmen unterstützen (Teil II und Schluß)**  
**Zum Erfordernis gezielter westlicher Hilfsprogramme für die ehemaligen Sowjetrepubliken**

Von Gernot Eiler MdB

**III. Unterstützungsmaßnahmen der Bundesrepublik Deutschland**

Die Bundesrepublik Deutschland brachte von allen Ländern materiell den größten Anteil an Hilfsmaßnahmen für die Sowjetunion und die Republiken auf. Sie ist an den genannten EG-Leistungen mit 28 Prozent beteiligt. Darüber hinaus hat sie sich aber teils in bilateralen Verträgen, teils durch freiwillige Maßnahmen zu Leistungen verpflichtet, die sich für die Jahre 1990/91 auf knapp 69 Milliarden DM addieren.

Hierbei schlagen allein die Verpflichtungen aus dem 'Überleitungsvertrag', der den Abzug der Westgruppe der sowjetischen Streitkräfte zwischen 1991 und 1994 regelt, mit 13,5 Milliarden DM zu Buche. Die Summe enthält unter anderem ein Wohnungsbauprogramm (bis 1994) im Umfang von 7,8 Milliarden DM, drei Milliarden DM als Beitrag zum Aufenthalt der Soldaten, eine Milliarde DM für Transportkosten, 1,5 Milliarden DM Zinskosten für einen Kredit, mit dem die Sowjetunion ihren Anteil an den Aufenthalts- und Abzugskosten aufbringt, sowie 200 Millionen DM zugunsten von Umschulungsmaßnahmen für die zurückkehrenden Militärangehörigen. Trotz dieser umfangreichen Zahlungen der deutschen Seite verläuft der Abzug der ursprünglich einmal 380.000 Sowjetsoldaten zwar exakt nach dem Zeitplan, aber nicht ohne Komplikationen. Die rückkehrenden Familien finden zum großen Teil keine akzeptablen Wohn- und Lebensmöglichkeiten vor, da das Wohnungsbauprogramm zu langsam realisiert wird. Die Bürokratie teilt sich hierbei die Schuld mit zu umständlichen deutschen Ausschreibungs- und Vergabeprozeduren. Außerdem gibt es einen Konflikt über den Wert von Bauten, die von der Westgruppe in der DDR errichtet wurden, laut Vertrag aber mit den hinterlassenen Umweltschäden verrechnet werden müssen.

Einen Riesenumfang erreichen auch die deutschen Kreditgarantien und sogenannten Hermes-Bürgschaften, ohne die der Handel vom vollständigen Stillstand bedroht wäre. Die Bundesregierung gewährte einen Zahlungsbilanzkredit von 9,2 Milliarden DM (davon 4,2 Milliarden gedeckte Zinsen) sowie Hermes-Bürgschaften in Höhe von 18 Milliarden DM (davon 4,5 Milliarden gedeckte Zinsen) mit einmaligen Ausnahmekonditionen für den deutsch-sowjetischen Handel. Allerdings steckt in dieser Förderung auch ein nationales deutsches Ziel, nämlich die Existenzsicherung für den großen Anteil von Betrieben auf dem Gebiet der ehemaligen DDR, die fast ausschließlich für sowjetische Abnehmer produzierten. Schon heute steht fest, daß zu den Sonderkonditionen und im bisherigen Umfang das Bürgschaftsprogramm 1992 nicht fortgesetzt wird. Einbrüche im Handel zwischen Deutschland und den Nachfolgerepubliken der Sowjetunion erscheinen dann fast unvermeidbar.

Die Bundesrepublik hatte auch den Transferrubel-Saldo umzurechnen und auszugleichen, als Forderungen aus dem Export-Überschuß der DDR zu erfüllen, was 17,1 Milliarden DM kostete. Außerdem finanziert sie zwei größere Investitionsprojekte, nämlich die Erdgasförderung in Jamberg (1991: 1,9 Milliarden, 1992: 800 Millionen DM) und die Erzgewinnung in Kriwoj Rog (1991: 1,5 Milliarden, 1992: 400 Millionen DM). Erhebliche Zuwendungen leistet Bonn auch für die Rußlanddeutschen. 1991 flossen 25 Millionen DM für sie nach Osten, 1992 sind 100 Millionen DM allein für die geplante Wiedererrichtung der Wolga-Republiken vorgesehen sowie 30 Millionen für Rußlanddeutsche in den anderen Republiken außerhalb der RSFSR. Leider hat allerdings Präsident Jelzin seine Zusagen, den geographischen und rechtlichen Rahmen für die Wolgarepublik per Erlaß festzulegen, bisher noch nicht erfüllt.

Großen Wert legt die deutsche Politik auch auf Beratungshilfen, die sowohl vom Auswärtigen Amt wie vom Bundesminister der Wirtschaft organisiert werden. 1991 steckte das Auswärtige Amt elf Millionen DM in Maßnahmen zur Aus- und Weiterbildung von Fach- und Führungskräften der Wirtschaft. Das BMWi organisierte Informations- und Beratungsveranstaltungen zu Fragen der wirtschaftlichen Kooperation und der Annäherung der sowjetischen Wirtschaft an den Weltmarkt und hatte dafür 200.000 DM zur Verfügung - 1992 soll dies wieder so sein. Für Kurzzeitseminare für Führungskräfte stehen dieselben Summen zur Verfügung. Rasch vermehren sich Consultingprojekte zur Umstrukturierung von Unternehmen; der Aufwand hierfür betrug 1991 noch 3,5 Millionen und wird 1992 auf sechs Millionen DM wachsen. In den neuen Republiken werden sogenannte "Büros von Delegierten der deutschen Wirtschaft" in der Trägerschaft des DIHT und des BDI errichtet, wofür 1991 800.000 DM, 1992 bereits 3,5 Millionen DM zur Verfügung stehen. Ein solches Büro, das auch als Keimzelle einer künftigen bilateralen Auslandshandelskammer angesehen werden kann, wurde zuletzt auch in Sankt Petersburg eröffnet.

Viele Sorgen hören wir von den Joint-Ventures deren Zahl auf circa 400 geschätzt wird. Sie leiden noch immer unter unklaren Rahmenbedingungen und dem Mangel an Investitionsmitteln. Deutsche Investitionspläne wurden häufiger, die im ganzen Jahr 1990 nur 24 Millionen DM umfaßten und im 1. Halbjahr 1991 13 Millionen DM. Seit dem Augustputsch hat es bereits drei Projekte mit einem Volumen von zusammen 50 Millionen DM gegeben, weitere 41 mit einem Volumen von 1987 Millionen DM sind angemeldet. Die Bundesregierung plant einige Maßnahmen, um die Chancen der bilateralen Joint-Ventures zu verbessern, nämlich

- die Entsendung von deutschen Experten für Wirtschaftsgesetzgebung,
- Seminare und Gesprächskreise für wirtschaftspolitische Entscheidungsträger,
- Projektbetreuung durch deutsche Wirtschaftsberater und
- Exportförderungsseminare in den Republiken.

#### IV. Die gegenwärtigen Probleme des Übergangs

Das Gesagte zeigt, daß die Bundesrepublik der Aufgabe kurzfristiger und mittelfristiger Hilfe bei der Versorgung der Bevölkerung und beim Übergang in eine neue ökonomische Struktur große Aufmerksamkeit schenkt. Das gilt auch für das deutsche Parlament. Die großen Parteien haben eigene Initiativen im Bundestag zu den Hilfsprogrammen für die Nachfolgerepubliken der Sowjetunion eingebracht, so die SPD am 16. Oktober 1991, die CDU/CSU und FDP am 14. November 1991. Diese Anträge befinden sich derzeit in der Beratung der Ausschüsse. Sie fordern übereinstimmend eine weitere Intensivierung der bisherigen Bemühungen.

Allerdings stoßen alle unsere Initiativen dieser Art derzeit auf große Schwierigkeiten durch die politische und ökonomische Entwicklung im Lande selbst. Dabei haben wir es zum Teil mit unvermeidlichen, teilweise aber auch vermeidbaren Problemen zu tun. Einige davon seien hier stichwortartig aufgeführt:

1. In praktisch allen Republiken findet derzeit ein Wechsel der Machteliten statt, vielfach vollzogen in rücksichtslos ausgetragenen Machtkämpfen. Diese Prozesse erschweren dem Westen die Zusammenarbeit mit den neuen Republiken, in denen die zuständigen Verantwortungsträger rasch wechseln. Bei der Entstehung der neuen Leistungsteams sind die Wettbewerbskriterien so gesetzt, daß sich ökonomischer Sachverstand nicht prioritär durchsetzt.

2. Die wechselnde Szenerie bei der Planung oder dem Verzicht auf republikübergreifende Strukturen führt zu großen Unsicherheiten bei der Frage, wer die Verantwortung für die bisherigen Schulden der Sowjetunion übernimmt. Es ist klar, daß die westlichen Gläubigerländer bei den aufgelaufenen Summen (BRD: 36 Milliarden DM) einen Anspruch auf eine klare Regelung haben und erheben müssen. Unstimmigkeiten zwischen den Republiken über die Schuldenaufteilung hemmen weitere Hilfszusagen.
3. Nationalistische Tendenzen und Egoismen in einzelnen Republiken bedrohen die Wahrung eines einheitlichen Wirtschafts- und Währungsraumes auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion. Eine Parzellierung dieses Wirtschaftsraumes für 290 Millionen Menschen verlangsamt die Überwindung der ökonomischen Krise erheblich und mindert die Attraktivität von Kapitalinvestitionen. Der Westen und besonders die Europäer, die gerade auf dem Gipfel in Maastricht die Weichen für eine weitere wirtschaftliche und politische Integration eines Wirtschaftsraumes von derzeit 320 Millionen Menschen gestellt haben, reagieren zunehmend negativ auf jede Maßnahme, die gegen den gemeinsamen östlichen Wirtschaftsraum gerichtet ist.
4. Im Westen wächst in der Öffentlichkeit Kritik an ungezielten und letztlich wirkungslosen Hilfen für die Republiken der ehemaligen Sowjetunion in Milliardenhöhe: Der Druck geht in Richtung einer effektiven Erfolgskontrolle. Selbst bei der humanitären Soforthilfe mit Grundnahrungsmitteln und Gütern des täglichen Gebrauchs tauchen kritische Berichte über die Erscheinungen der sowjetischen Schattenwirtschaft, der künstlichen Verknappung von Gütern und der Rolle der alten wie neuen Machteliten bei diesen Erscheinungen auf. Ohne energische Maßnahmen vor Ort gegen die mafiaartig organisierten Wirtschaftsverbrechen wird die internationale Hilfsbereitschaft abnehmen.
5. Kompetenzwirrwarr und mangelnde Flexibilität der Bürokratie in den Republiken führen dazu, daß es für eine Übergangszeit nur noch sinnvoll erscheint, konkrete Einzelprojekte wirtschaftlicher Zusammenarbeit zu fördern. Bei der humanitären Soforthilfe liegt es in der Verantwortung vor Ort, logistische Engpässe beim Transport, der Lagerung und der Verteilung von Hilfsgütern zu beseitigen. Auch hier gilt: Die Beobachtung, daß bereitgestellte Hilfsgüter aus Mangel an Einsatz im Empfangsgebiet steckenblieben oder nicht wirksam eingesetzt werden, vermindert die weitere Hilfsbereitschaft.

Hinter der Bereitschaft zur Hilfe im Westen steht eine nüchterne politische Rationalität. Unseren demokratischen Gepflogenheiten entsprechend kann sich diese aber nur im Umfeld öffentlicher Zustimmung auf Dauer entfalten. Die zunehmende Konditionierung einzelner Hilfsmaßnahmen, am deutlichsten ablesbar an den Verhandlungen der "G 7" in Moskau, signalisiert, daß die internationale Gemeinschaft bei den Hilfsmaßnahmen für die Republiken der ehemaligen Sowjetunion einer wachsenden öffentlichen Aufmerksamkeit ausgesetzt ist. "Blinde" Hilfsprogramme wird es nicht mehr geben, sondern ausschließlich solche, die Reformkonzepte nachweislich stützen, in ihrem Erfolg kontrollierbar sind und vom Westen als bedrohlich empfundene Entwicklungen hemmen. Der Zielbegriff "Stabilität" wird dabei eine größer werdende Rolle spielen. Stabilitätsverheißende Maßnahmen haben für die nahe Zukunft die besten Chancen auf tatkräftige Unterstützung des Westens.

(-/6. Januar 1992/rs/ks)

\*\*\*\*\*